

Rechtsdienst

der Lebenshilfe

NR. 1/23, MÄRZ 2023

WWW.LEBENSHILFE.DE

EDITORIAL:

Deutschland will barrierefrei werden

Am 30.11.2022 hat das Bundeskabinett seine Eckpunkte zur Barrierefreiheit veröffentlicht. Mit dieser „Bundesinitiative Barrierefreiheit“ will es Barrieren in den Bereichen Mobilität, Wohnen, Gesundheit und Digitales abbauen. Diese Ankündigung findet sich auch bereits im Koalitionsvertrag 2021 bis 2025.

Konkret sollen das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG), das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz reformiert werden. Überdies wird ein Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen angekündigt.

Die Federführung für die Bundesinitiative Barrierefreiheit liegt im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Sie wird durch einen Ausschuss der beteiligten Staatssekretär*innen gelenkt, durch einen Beirat von Menschen mit Behinderung und ihren Verbänden begleitet und mit einem neuen eigenen Referat im BMAS umgesetzt.

Wann die Initiative, die zum 01.01.2023 gestartet ist, erste Ergebnisse vorweist, bleibt abzuwarten. Handlungsbedarfe sind bereits in der Evaluation des BGG vom 11.11.2022 aufgezeigt (vgl. S. 7 ff.).

AUS DEM INHALT:

Rechts- und Sozialpolitik

Das Bürgergeld-Gesetz – das ändert sich im SGB XII

Verteilung von nicht ausreichend vorhandenen überlebenswichtigen Behandlungskapazitäten

Rechtsprechung und Rechtspraxis

Anspruch auf ein Hörgerät über den Festbetrag hinaus

Kostenerstattung für Betreuung in einer Eltern-Kind-Einrichtung

Besuchsbeihilfen nach § 115 SGB IX können auch Assistenzleistungen umfassen

Abschluss einer Leistungsvereinbarung im Eilverfahren nicht möglich

Vermieterin muss Bau einer Rampe zwecks barrierefreiem Zugang zustimmen

Herausgegeben von:

Unter Beteiligung von:

Inhalt

Rechts- und Sozialpolitik

Das Bürgergeld-Gesetz – das ändert sich im SGB XII
von Claudia Seligmann

Verteilung von nicht ausreichend vorhandenen
überlebenswichtigen Behandlungskapazitäten
von Hanna Barkhoff

Wie kann das Behindertengleichstellungsgesetz
verbessert werden?
von Lilian Krohn-Aicher

Rechtsprechung und Rechtspraxis

SGB V

Zum Umfang des Anspruchs auf mittelbaren
Behinderungsausgleich

Anspruch auf ein Hörgerät über den
Festbetrag hinaus

SGB VIII

Personliches Budget für Kinder und
Jugendliche mit seelischer Behinderung

Kostenerstattung für Betreuung in einer
Eltern-Kind-Einrichtung

SGB IX

Kein Widerruf eines Personlichen Budgets für
die Vergangenheit wegen fehlender Nachweise

Besuchsbeihilfen nach § 115 SGB IX können
auch Assistenzleistungen umfassen

Abschluss einer Leistungsvereinbarung im
Eilverfahren nicht möglich

Zum Verhältnis der Komplexleistung
Frühförderung zur heilpädagogischen
Frühförderung als Einzelleistung

SGB XII

Kein Zuschuss für den Kauf einer Waschmaschine

Zum Vermögenseinsatz des Nutzungsrechts
an einem Urnenwahlgrab

S. 1

S. 4

S. 7

S. 9

S. 11

S. 13

S. 15

S. 18

S. 20

S. 22

S. 24

S. 26

S. 29

Verfahrensrecht

Unterstützung von Menschen mit Behinderung
als unzulässige Rechtsdienstleistung?

S. 31

Schuldlosigkeit der Fristversäumnis aufgrund
ungeöhnlich langer Postlaufzeit

S. 33

Steuerrecht

Zur Steuerermäßigung bei Aufwendungen
für die ambulante Pflege

S. 35

Arbeitsrecht

Ambulante Betreuer – abhängige Beschäftigung
oder selbstständige Tätigkeit?

S. 37

Zivilrecht

Vermieterin muss Bau einer Rampe zwecks
barrierefreiem Zugang zustimmen

S. 39

Betreuungsrecht

Zum Zeitraum der Betreuer*innenvergütung
bei einem Betreuer*innenwechsel

S. 41

Anspruch einer Umgangsbegleiter*in
auf Vergütung

S. 43

Rechtsdienst kompakt

Rechtsprechung

S. 45

Gesetzgebung und Politik

S. 47

Bücherschau

S. 48

Impressum

S. 49